

II-2157 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM  
 FÜR  
 AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DVR: 0000060

WIEN, am 5. November 1987

Z1. 2220.65/53-I.2.b/87

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Blau-Meissner und Genossen betreffend den Fall der Lubicon Cree Indianer in Alberta/Kanada (Nr. 859/J)

827 IAB

1987 -11- 06

zu 859 IJ

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Blau-Meissner und Genossen haben am 1. Oktober 1987 unter der Nr. 859/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend den Fall der Lubicon Cree Indianer in Alberta/Kanada gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

"1. Verurteilen Sie diese Vorgangsweise der kanadischen Regierungsstellen, angesichts der Tatsache, daß sich Österreich dem kanadischen KSZE-Vorschlag vom 11.2.1987 zum Schutz und zur Förderung von nationalen Minderheiten und deren Kulturen (CSCE/WT.27)angeschlossen hat?

2. Teilen Sie die Meinung, daß es sich bei der Situation der Lubicon Cree um Völkermord handelt?

3. Ist Ihnen bekannt, daß die Lubicon Cree aufgrund der Dramatik ihrer Situation und der Widersprüche zum Olympischen Geist die Welt zum Boykott der Olympischen Winterspiele 1988 in Calgary aufgefordert haben?

4. Wenn ja, welche Schritte gedenken Sie in dieser Richtung zu unternehmen?

- 2 -

5. Werden Sie angesichts des 50jährigen Gedenkens an das Jahr 1938 im Zusammenhang mit dem Völkermord an der jüdischen Bevölkerung zulassen, daß ausgerechnet das Wiener Völkerkundemuseum zu einer im selben Jahr im Zusammenhang mit den Olympischen Winterspielen stehenden Ausstellung in Calgary Leihgaben gibt? Diese Ausstellung wird Indianer - im Gegensatz zu ihrer heutigen Situation - glorifizieren und wird noch dazu von denselben Institutionen (Ölfirmen, vor allem Shell) gesponsert, die aktiv an der Zerstörung der Lubicon Cree beteiligt sind. 26 Museen, darunter das Museum of the American Indian (New York), das Nationalmuseum in Kopenhagen (Dänemark), die Völkerkundemuseen in München, Berlin und Stuttgart (BRD), das Völkerkundemuseum in Rotterdam (Holland), drei schwedische Museen und erst kürzlich das Bernische Historische Museum (Schweiz) und drei weitere Museen in der Schweiz und Italien haben sich dem Boykott angeschlossen."

Ich beeohre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1. Ich begrüße grundsätzlich alle Initiativen auf internationaler Ebene, die auf Verbesserungen der Lage von Minderheiten abzielen. Dies ist auch der Grund dafür, daß beim Wiener KSZE-Folgetreffen der von Ihnen genannte kanadische Vorschlag von Österreich miteingebracht worden ist.

Hinsichtlich der Situation der Lubicon Cree Indianer verweise ich auf den Umstand, daß Kanada das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert und damit das Individualbeschwerdeverfahren anerkannt hat. Derzeit ist vor dem auf Grund dieses völkerrechtlichen Instruments eingerichteten Menschenrechtausschuß eine Beschwerde der Lubicon Cree Indianer gegen Kanada anhängig. Solange dieses Verfahren nicht abgeschlossen ist, sehe ich keine Veranlassung, eine Stellungnahme zur Vorgangsweise kanadischer Regierungsstellen abzugeben.

Zu 2. Nein. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meine Antwort auf die parlamentarische Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Smolle und Genossen Nr. 766/J vom 7. Juli d.J., in der ich insbesondere darauf verwiesen habe, daß für die Feststellung des

- 3 -

allfälligen Vorliegens des völkerrechtlich geächteten Verbrechens des Völkermordes in der internationalen Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes ein geeignetes Instrumentarium zur Verfügung stünde, das jedoch im vorliegenden Fall bisher nicht in Anspruch genommen worden ist.

Zu 3. Der Boykottaufruf ist mir bekannt.

Zu 4. Ich verweise hiezu ebenfalls auf meine Ausführungen vom 11. August d.J. zu Punkt 1. der schriftlichen Anfrage Nr. 766/J, in denen näher begründet wird, weshalb ich Boykottmaßnahmen grundsätzlich nicht als geeignetes Mittel zur Lösung dieser Probleme sehe.

Zu 5. Auch zu dieser Frage verweise ich auf meine Ausführungen vom 11. August 1987 zu Punkt 3) der schriftlichen Anfrage Nr. 766/J sowie auf die Antwort des hiefür zuständigen Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf Ihre gleichartige parlamentarische Anfrage.

Der Bundesminister  
für auswärtige Angelegenheiten:

